

Einführung

Der Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur provoziert emotionalen Widerstand. Für die allermeisten in der DDR aufgewachsenen Menschen dürfte der Hitlerfaschismus eine Inkarnation des Bösen sein. Die meisten DDR-Bürger glaubten, in einem Land zu leben, in dem entscheidende Konsequenzen aus diesem Teil der Geschichte gezogen wurden. Ihnen wäre es nicht im Traume eingefallen, ihr Land auch nur in die Nähe eines Verbrecher-Regimes zu rücken wie es für sie das Deutschland des Nationalsozialismus verkörperte. Nunmehr jedoch sind sie mit Vergleichen konfrontiert, die eine Wesensverwandtschaft beider Systeme zu suggerieren scheinen oder eine solche teilweise explizit betonen. Viele trauen ihren Augen und Ohren nicht, sind angesichts derartiger Vergleiche schockiert und reagieren gereizt. Das „Wesen“ des Faschismus begreifen sie unter Stichworten wie „Menschenverachtung“ und „Konzentrationslager“, „Eroberungskrieg“ und „Aggression gegen fremdrassische Völker“. Die bloße Insinuation, die DDR sei einem solchen System qualitativ ähnlich, wird als persönliche Kränkung empfunden und nachgerade instinktiv abgewehrt. Es sind keineswegs nur Protagonisten des früheren Systems oder sogenannte Ewiggestrige, die sich durch das nach der Epochenwende 1989/90 geradezu in Mode gekommene Nachdenken über identische Wesensmerkmale beider Systeme angegriffen, ja in ihrer moralischen Integrität verletzt fühlen.

Dies ist durchaus verständlich. Sollte nämlich das DDR-System „dem Wesen nach“ nichts anderes gewesen sein, als lediglich die Quasi-Fortsetzung der braunen Diktatur unter roten Vorzeichen, dann implizierte diese Gleichsetzung – im Verständnis vieler Ostdeutscher – die Vorhaltung, wie man dieses System für besser halten und mehr oder weniger mitmachen konnte. Auch wenn es niemanden geben sollte, der eine Gleichsetzung in dieser Primitivversion vertritt – es ist der Eindruck oder Verdacht vieler, dass die Suche nach übereinstimmenden Wesensmerkmalen von NS-Regime und SED-Staat auf eine Gleichsetzung dieser Art faktisch hinausläuft und dabei die entscheidenden oder mindestens ebenso wesentlichen Unterschiede zwischen den Systemen übersehen werden. Der mit jeder „wesensmäßigen“ Gleichsetzung verbundene moralische Vorwurf tangiert das Selbstverständnis vieler Ostdeutscher und stellt ganze Lebensbilanzen auf den Kopf. Dies ist zwar kein Argument gegen die Berechtigung der inkriminierten Gleichsetzung, verdeutlicht aber die durch sie hervorgerufene faktische Betroffenheit. Dass schließlich auf persönliche Verletzungsgefühle mitunter auch irrational reagiert wird, kann nicht verwundern.

Die Konsequenz daraus kann nun nicht lauten, die Suche nach Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten aufzugeben. Eine solche Suche, die im Zentrum des Totalitarismusansatzes steht, ist berechtigt und sinnvoll. Nicht wenige hegen allerdings den Verdacht, dass es politisch-ideologische Motive sind, die die Suche nach übereinstimmenden Wesensmerkmalen zwischen Nationalsozialismus und Realsozialismus steuern. Auf entsprechende Unmutsbekundungen reagieren

die Vertreter des Diktaturenvergleichs häufig mit dem Hinweis, dass ein Vergleich keine Gleichsetzung bedeute. Dieser Hinweis ist zwar korrekt, aber in folgendem Sinne eine Halbwahrheit: Wohl jeder, der seine Forschungsanstrengungen auf einen Vergleich richtet, verbindet damit die Erwartung, wesentliche Ähnlichkeiten und/oder Unterschiede feststellen zu können. Ein solches Ergebnis können aber Vergleiche nur dann zeitigen, wenn Dinge verglichen werden, die hinsichtlich eines wesentlichen Gesichtspunktes *art- bzw. gattungsgleich* sind. Sollen zwei Vergleichsgegenstände hinsichtlich ihrer Farbe verglichen werden, müssen sie die Eigenschaft der Farblichkeit aufweisen. Damit allerdings implizieren praktisch durchgeführte Vergleiche immer *auch* eine Gleichsetzung – nämlich eine Gleichsetzung hinsichtlich derjenigen Eigenschaft, die die Vergleichsgegenstände zu Angehörigen derselben Art bzw. Gattung macht.

Werden nun NS-Regime und SED-Staat im Rahmen eines Diktaturenvergleichs verglichen, besagt dies zunächst nur, dass es sich bei den Vergleichsgegenständen um Diktaturen handelt. Damit wird eine Gleichsetzung bestimmter allgemeiner Eigenschaften der politischen Herrschaftssysteme von NS- und SED-Staat vorgenommen. Diese Gleichsetzung ist jedoch kein Hinderungsgrund, die Unterschiede zwischen beiden Diktaturen herauszuarbeiten, die selbst wiederum – unter bestimmten Gesichtspunkten – *wesentliche* Unterschiede sein können.

Orientiert an den Prämissen und dem begrifflichen Instrumentarium der Totalitarismustheorie entwickelt der Freiburger Soziologe *Friedrich Pohlmann* eine systematische komparative Analyse von strukturellen Grundmerkmalen des Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus. Darüber hinaus werden die Entstehung sowie die Wechselwirkungen beider Totalitarismen in den Blick genommen. Hinsichtlich der Entstehung wird zunächst die Bedeutung der französischen Revolution für die Herausbildung der universalistischen und partikularistischen Kerne der Ideologien beider Bewegungen betont, und es wird sodann – vor allem an der Entwicklung vom Marxismus zum Leninismus – sichtbar gemacht, wie sich diese Kerne im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts entfaltet haben. Entscheidend für die totalitäre Radikalisierung zentraler Ideologiemuster beider Bewegungen wurde dann der erste Weltkrieg. In einem zweiten Schritt legt Pohlmann einen systematischen Strukturvergleich der beiden totalitären Systeme vor, der ihre Herrschaftsapparaturen ins Zentrum rückt. Dass im Sowjetkommunismus die „Partei“ über das Ideologie- und Zwangsmittelmonopol hinaus auch alleinige Eignerin der Produktionsmittel war, bezeichnet einen wesentlichen Unterschied beider Systeme. Im dritten Teil schließlich werden die Terrorsysteme beider Diktaturen miteinander verglichen, und es wird gezeigt, welche Rolle der „Weltanschauungskrieg“ beider Diktaturen gegeneinander insbesondere für die Radikalisierung des nationalsozialistischen Terrors gespielt hat. Die abschließenden Bemerkungen erläutern an den Beziehungen zwischen den kommunistischen, faschistischen und demokratischen Systemen im zwanzigsten Jahrhundert, warum dessen Bezeichnung als „Zeitalter des Totalitarismus“ am treffendsten erscheint.

Ausgehend von der Unterscheidung zwischen konstitutionellen und nicht-konstitutionellen Diktaturen entwickelt *Lothar Fritze* den Begriff der Weltanschauungsdiktatur, wobei als paradigmatische Fälle dieses Diktaturtyps das bolschewistische und das nationalsozialistische Regime fungieren. Weltanschauungsdiktaturen werden als nicht-konstitutionelle Diktaturen besonderer Art vorgestellt. Der Aufsatz expliziert die Merkmale von Weltanschauungsdiktaturen und analysiert die Natur der Herrschaftsziele und -methoden, die für diese Diktaturart charakteristisch sind. Besonderes Augenmerk wird auf deren Selbstlegitimation sowie das Phänomen der ideologischen Selbstbindung gelegt. Abschließend werden Beziehungen zum Begriff der totalitären Diktatur diskutiert.

Der Berliner Philosoph *Peter Ruben* fragt nach dem Erkenntniswert einer Sichtweise, in der die faschistische und die kommunistische Diktatur als Arten derselben Gattung erscheinen. Damit, so Ruben, sei implizit die Frage nach der Natur historiographischen Vergleichens gestellt. Sie wird vom Autor mit der Hypothese beantwortet, den bekannten Kondratieff-Zyklus als geschichtlichen Grundvorgang anzunehmen, d. h. in der Interpretation von Fernand Braudel als historiographischen Gegenstand mit einer Dauer von zwei Generationen für den Vergleich geschichtlicher Prozesse bzw. Bewegungen vorzuschlagen. Mit dieser Voraussetzung werden Faschismus und bolschewistischer Kommunismus im Rahmen des Dritten Kondratieff identifiziert, jeweils kursorisch für sich bestimmt, um sie sodann im Vergleich miteinander als entgegengesetzte Ansätze zur Lösung der sozialen Frage, die nach 1830 allgemein problematisiert worden ist, zu beurteilen. Die wirkliche Identität beider wird in der selbstzerstörerischen Potenz gesehen, die aber entgegengesetzte Begründung hat: Der Faschismus verteidigt das Privateigentum dadurch, dass er die Privateigentümer und die Vermögenslosen der von ihm beherrschten Nation militärisch mobilisiert, um im Überfall auf andere Nationen den eigenen Vermögenslosen die Perspektive, Privateigentümer zu werden, zu eröffnen. Der bolschewistische Kommunismus liquidiert das Privateigentum, aber darin zugleich die Sozialität und Personalität zugunsten der Funktionalität. Deshalb wird er zur Innovation unfähig und kann die Konkurrenz mit dem verbleibenden Privateigentum auf Dauer nicht bestehen.

Wolfgang Bialas widmet sich dem Verhältnis von Geist und Macht im NS-Regime und im SED-Staat. Der Berliner Philosoph rückt dabei den Stellenwert der Ideologien und intellektuellen Konzepte, auf die sich beide Systeme in unterschiedlicher Weise bezogen haben, in den Mittelpunkt des Systemvergleichs. Der Text konzentriert sich auf den Vergleich engagierter Intellektueller, die durch ihre Konzepte Einfluss auf die Gestaltung von Politik zu nehmen suchten. Sie versuchten nicht aus opportunistischen Gründen, Karriere zu machen oder sich aus der Politik herauszuhalten, und sahen sich nicht als Gegner ihres jeweiligen politischen Systems, sondern als geistig überlegene Vertreter seines philosophischen Prinzips, gegen dessen machtpolitische Verkürzung sie sich engagierten. Bei aller Ähnlichkeit der geschichtsphilosophischen Denkhaltungen von etwa Martin Heidegger, Arnold Gehlen und Gottfried Benn auf der einen sowie

Georg Lukács und Ernst Bloch auf der anderen Seite überwogen jedoch die Unterschiede zwischen ihnen. Diesen Autoren, die sich dem jeweiligen politischen System prinzipiell verbunden fühlten, standen Intellektuelle gegenüber, für die Mobilität und Flexibilität oberstes Gebot waren. Wann, wo und wozu auch immer sie als verlässliche Kader gebraucht wurden, zögerten sie nicht, sich bei der Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben zu bewähren.

Der Frankfurter Historiker *Manfred Zeidler*, Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut in den Jahren 1993 bis 2000, widmet sich dem Verhältnis von Partei und Staat in beiden deutschen Diktaturen. Zeidler zeigt, wie insbesondere in den totalitären Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts, die den gesellschaftlichen Pluralismus zugunsten einer von ihren ideologisch-politischen Zielen bestimmten „formierten Gesellschaft“ nahezu ausgeschaltet hatten, die einzig verbliebenen Staatsparteien wichtige öffentliche Funktionen übernahmen. Dieser Umstand brachte sie in ein kompliziertes, nach den jeweiligen Besonderheiten entweder von Suprematie, partieller Überlagerung, wechselseitiger Durchdringung oder von Konkurrenz gekennzeichnetes Verhältnis zur Staatsorganisation. Schmolzen gemäß der etatistischen Ideologie des italienischen Faschismus Staat und Partei dort fast bis zur Unkenntlichkeit ineinander, beharrte der von vitalistischen Bewegungsvorstellungen geprägte Nationalsozialismus in Deutschland auf einer – von Ausnahmen wie dem SS-Apparat abgesehen – institutionellen und personellen Scheidung beider Sphären. Wieder anders lagen die Dinge im „Marxismus-Leninismus“ und seinem deutschen Ableger, der SED-Diktatur. Mit seiner streng systematisierten wie universellen Staats- und Gesellschaftstheorie bevorzugte er eine eindeutige Dominanz („führende Rolle“) der Partei als der einzig wirklichen Wissensträgerin von den Bewegungsgesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber dem Staatsapparat, den es dafür in die Pflicht zu nehmen galt. So gesehen, waren trotz aller noch so diametraler Gegensätze die beiden deutschen Diktaturen näher beieinander als beide zum faschistischen Modell Mussolinis. Dennoch bleibt auch hier ein Unterschied bestehen, der wesentlich im strukturellen Charakter der beiden Staatsparteien NSDAP und SED zu suchen ist. Er liegt in der persönlichen Herrschaft Adolf Hitlers, jener nur im Nationalsozialismus zur staatsrechtlichen Theorie ausgeformten „Führergewalt“ jenseits von Staat und Partei, für die – zumindest für die (Partei)Diktatur der SED in der DDR – eine Entsprechung fehlt.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Bewältigung der Finanzierungsprobleme von Sicherheits- und Sozialausgaben im NS-Staat und im SED-Staat unter Honecker stehen im Mittelpunkt des Beitrags des Berliner Wirtschaftshistorikers *Jörg Roesler*. Sowohl im Dritten Reich als auch in der DDR wurden erhebliche Mittel für die „innere und äußere Sicherheit“ sowie für Soziales im weiteren Sinne, insbesondere für die Steigerung bzw. Aufrechterhaltung des Lebensstandards aufgewendet. Zwar mögen sich Soziales und Sicherheit auch unter dem Aspekt der Herrschaftssicherung ergänzt haben, von der Finanzierung her betrachtet handelte es sich um konkurrierende Bereiche. Daher mussten bei zunehmender Mittelknappheit Prioritäten gesetzt bzw. zusätzliche Einnahmen

erschlossen werden. Das NS-Regime löste seine durch die Kriegsvorbereitung sowie den Krieg entstandenen Finanzierungsprobleme – unter Beibehaltung des Lebensstandard der Bevölkerung – auf Kosten Dritter, indem man den Besiegten Besatzungskosten und Zwangskredite auferlegte sowie die Auszahlung von Handelsüberschüssen verweigerte. In der DDR unter Honecker wurde eine Konkurrenz zwischen beiden Ausgabenbereichen und damit eine Prioritätensetzung zunächst dadurch vermieden, dass die DDR im Ausland Schulden machte. Zudem wurden die steigenden Ausgaben für die Realisierung von Honeckers „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu einem kleineren Teil durch Dämpfung des Zuwachses der Sicherheitsausgaben kompensiert. Zum größeren Teil geschah die Umverteilung zugunsten der Sozialpolitik durch die zweckentfremdete Verwendung von Investitionsmitteln. Die bestehende Möglichkeit, den belastenden Schuldendienst aufzukündigen, hat man nicht ergriffen, wie überhaupt jede Lösung auf Kosten Dritter vermieden wurde.

Sowohl Totalitarismus- als auch „moderne“ Diktaturforschung beruhen auch auf dem Vergleich der jeweils zu untersuchenden politischen Systeme. Während dabei in der Regel Elemente der Herrschaftsstruktur im Mittelpunkt stehen, werden dagegen die unterschiedlichen Formen widerständigen Verhaltens in Beziehung zur politischen Verfolgung oft nicht in vergleichender Perspektive betrachtet. Diese Feststellungen bilden den gedanklichen Ausgangspunkt des Beitrags von *Rainer Eckert*. Der Leipziger Historiker, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, sieht gerade im Vergleich von Widerstand und Opposition im Nationalsozialismus und in der kommunistischen deutschen Diktatur Erkenntnispotentiale. Das gelte sowohl für die Analyse von Widerstand, Opposition, Verweigerung und Resistenz als auch für die Beschreibung der Entwicklungsphasen widerständigen Verhaltens. Deutlich wird, so Eckert, dass jedes Widerstehen totalitäre Herrschaft in Frage stellen muss.

Der Dresdener Historiker *Thomas Widera*, Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut, untersucht den Umgang mit Kriegsdienstverweigerern in drei deutschen Staaten: dem NS-Regime, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Im Beitrag werden Reaktionen der staatlichen Institutionen auf die von Kriegsgegnern vertretenen ethisch-religiösen Orientierungen und individuellen Wertüberzeugungen beleuchtet. Die von den staatlichen Institutionen in den jeweiligen Gesellschaften durchgesetzten Normen hatten für die Menschen, die sich den allgemeinverbindlichen Orientierungen, Wertüberzeugungen und Identifikationen verweigerten, deutlich unterschiedene Konsequenzen. Die Auswirkungen des staatlichen Handelns auf die Betroffenen erlauben Rückschlüsse auf die Strukturen politischer Herrschaft. Außerdem zeigt sich, wie und ob diese Institutionen die ihnen zugedachten Funktionen erfüllten. Eine Analyse der Realisierung der verfassungsmäßig verbürgten Rechte erlaubt schließlich Aussagen über die Verfassungswirklichkeit.

Editorial

A comparison of the NS and SED dictatorships provokes emotional resistance. For the great majority of people having grown up in the GDR, Hitler Fascism may be supposed to an incarnation of evil. Most GDR citizens believed to live in a country where decisive consequences had been drawn from this part of history. Not even in their wildest dreams they would have imagined that their country might be close to a criminal regime as National Socialist Germany was for them. Now, however, they are confronted with comparisons which seem to suggest a relatedness of character of the two systems or at least sometimes explicitly emphasize one. Many do not believe their eyes and ears, are shocked by such comparisons, and react irritatedly. For them, the “nature” of Fascism is expressed by keywords such as “inhumanity” and “concentration camps”, “war of conquest” and “aggression against peoples of other races”. The sheer insinuation that the GDR might be qualitatively similar to such a system is perceived as a personal insult and really instinctively denied. However, it is not at all only protagonists of the former system or those who are said to refuse to live in the present who feel offended by this thinking about identical features of the two systems which has become really fashionable since the turnaround of 1989/90, who even feel that their moral integrity is under attack.

This is definitely understandable. For, if the GDR system “by its nature” was nothing else than only the quasi continuation of Nazi dictatorship disguised in Red, this equation – as many East Germans understand it – would imply the accusation of how one could have believed this system to be a better one and how one could more or less have run with the pack. Even if there was nobody to support such a primitive version of an equation – many people have the impression or suspect that the search for identical features of NS regime and SED state will after all result in nothing else and that this way the crucial or at least as essential differences of the two system will be overlooked. The moral accusation which is connected to any equation “by nature” touches the moral self-understanding of many East Germans and turns whole accounts of life upside down. This is no argument against the justification of the incriminated equation, but it illustrates the actual shock caused by it. After all, it is no surprise that sometimes there are irrational reactions to feelings of being personally violated.

Now, the conclusion from this cannot be that we should give up on searching for identical features of similarities. Such a search, which is in the focus of the research on totalitarianism, is justified and reasonable. However, quite a few people suspect that the search for identical features of National Socialism and Real Existing Socialism is guided by political-ideological motivations. Often the representatives of the comparison of dictatorships react to such statements of displeasure by pointing out to the fact that a comparison does not mean any equation. This is correct, but a half-truth in the following sense: Supposedly everybody who turns his/her research efforts towards a comparison connects

this to the expectation of finding essential similarities and/or differences. But comparisons will be able to produce such a result only if things are compared which in respect of an essential aspect belong to *the same species* or *genus*. If two objects are to be compared by their colour, they must have a colour. This way, however, practical comparisons always *also* imply an equation – that is an equation in respect of that feature which makes the compared objects belong to the same species or genus.

Now, if NS regime and SED state are compared in the context of a comparison of dictatorships, at first this means only that both compared subjects are dictatorships. This way there is an equation of certain general characteristics of the political systems of rule of NS state and SED state. But this equation does not prevent us from working out the differences between the two dictatorships, which themselves again – under certain aspects – may be essential differences.

While being orientated at the premises and terminologic tools of the theory of totalitarianism, the Freiburg sociologist *Friedrich Pohlmann* works out a systematic comparative analysis of structural basic features of Soviet Communism and National Socialism. Furthermore, the developing as well as the interactions of these two totalitarianisms are viewed at. In respect of developing, at first the significance of the French Revolution for the development of the universalist and particularistic cores of the ideologies of the two movements are emphasized, then – most of all by the example of the development from Marxism towards Leninism – it is explained how these cores have unfolded in the course of the 19th century. Then it is World War I which became decisive for the totalitarian radicalization of essential ideologic patterns of the two movements. By a second step, Pohlmann presents a systematic comparison of the structures of the two totalitarian systems which focuses on their apparatuses of rule. The fact that with Soviet Communism the “Party” was the sole owner of all means of production, beyond its monopoly on ideology and means of coercion, marks an essential difference between the two systems. Finally by a third part the terror systems of the two dictatorships are compared to each other, and it is shown which role the “ideologic war” of the two dictatorships against each other played particularly for the radicalization of National Socialist terror. By the example of the relations of Communist, Fascist, and democratic systems to each other during the 20th century the concluding remarks explain why calling it the “age of totalitarianism” seems to be most striking.

Starting out from distinguishing constitutional and non-constitutional dictatorships from each other, *Lothar Fritze* develops the concept of ideologic dictatorship, the Bolshevik and the National Socialist regimes working as paradigmatic examples of this type of dictatorship. Ideologic dictatorships are presented as non-constitutional dictatorships of a special kind. The essay explains the characteristics of ideologic dictatorships and analyzes the nature of the objectives and methods of rule which are typical for this kind of dictatorship. There is particularly looking at their self-legitimation as well as at the phenome-

non of ideologic self-binding. As a conclusion, references to the concept of totalitarian dictatorship are discussed.

The Berlin philosopher *Peter Ruben* asks about the epistemologic value of a view which makes Fascist and Communist dictatorships belong to species of the same genus. This way, Ruben states, the question about the nature of historiographic comparison is implicitly asked. The author answers it by way of hypothetically assuming the well-known Kondratieff Cycle as a basic historic process, i. e. by suggesting the latter – as it was interpreted by Fernand Braudel – as a historiographic subject with a duration of two generations for the comparison of historic processes or movements. Under this precondition Fascism and Bolshevik Communism are identified in the context of the Third Kondratieff, are each cursorily determined by themselves, to then by comparing them to each other judge on them as conflicting approaches at solving the social issue which was generally discussed after 1830. The true identity of both is seen by their potential of self-destruction which, however, is due to opposite reasons: Fascism defends private property by militarily mobilizing both owners of private property and those without it, in order of opening up the prospect of becoming owners of private property to its own poor by raiding other nations. Bolshevik Communism liquidates private property, but at the same time also sociality and personality, in favour of functionality. This is the reason why it becomes incapable of innovation and is not able to stand the competition with remaining private property on the long run.

Wolfgang Bialas deals with the relationship of intellect and power under the NS regime and in the SED state. Doing this, the Berlin philosopher makes the value of ideologies and intellectual concepts both systems referred to in different ways the focus of the comparison of systems. The text focuses on the comparison of committed intellectuals who tried to influence on policy-making by help of their concepts. Not for opportunistic reasons they tried to make careers, and they did not consider themselves opponents of their respective political systems but intellectually superior representatives of its philosophical principle against whose power-political reduction they became committed. However, given all similarities of the history-philosophical thought e. g. of Martin Heidegger, Arnold Gehlen, and Gottfried Benn on the one hand and Georg Lucács and Ernst Bloch on the other, still the differences between them were much stronger. These authors, who in principle were loyal to their respective political systems, were opposed by intellectuals for whom mobility and flexibility came first. No matter when, where, and for what they were needed as reliable cadres they did not hesitate to prove their worth with fulfilling the tasks they were given.

The Frankfurt historian *Manfred Zeidler*, a member of staff of the Hannah-Arendt-Institute from 1993 to 2000, deals with the relationship of party and state in the two German dictatorships. Zeidler shows how particularly in the totalitarian dictatorships of the 20th century, which had almost eliminated societal pluralism in favour of a “formed society” defined by their ideologic-political objectives, the only surviving state parties took over important public functions.

This resulted in a complicated relationship with the state organization which according to the respective particularities was characterized either by supremacy, partial eclipsing, mutual penetration, or competition. If according to the etatist ideology of Italian Fascism, there state and party were melting into one almost beyond recognition, National Socialism in Germany, which was characterized by vitalistic ideas of movement, insisted in the two spheres being institutionally and personally separated – with the exception of the SS apparatus. Different again was the situation with “Marxism-Leninism” and its German offspring, the SED dictatorship. According to its both strictly systematized and universal theory of state and society, it preferred the clear predominance (“leading role”) of the party as the only real bearer of the knowledge of the laws of the movement of social development towards the state apparatus which had to be committed to this. From this point of view, no matter how much they were diametrically opposite to each other, the two German dictatorships were closer to each other than to Mussolini’s model of Fascism. Nevertheless, also here there is still a difference which must mostly be seen in the structural nature of the two state parties of NSDAP and SED. It is due to Adolf Hitler’s personal rule, that “Führergewalt (the Führer’s power)” beyond state and party which only with National Socialism was worked out to become a theory of constitutional law for which – at least for the SED’s (party)dictatorship in the GDR – there is no counterpart.

Differences and common grounds of solving the problems of financing security and social expenses of the NS state and the SED state under Honecker are in the focus of the contribution by the Berlin economic historian *Jörg Roesler*. Both in the Third Reich and in the GDR considerable amounts of money were spent on “inner and outer security” as well as for social security in the wider sense, particularly on improving or keeping the living standard. Indeed, social security and security may have complemented each other even from the point of view of securing power, but from the point of view of financing they were fields competing with each other. Thus, with funds becoming increasingly tighter priorities had to be set or additional revenues had to be opened up. The NS regime solved its problems created by war preparations and the war itself – while keeping the population’s living standard – at the expense of third parties by placing occupation costs and compulsory loans on the defeated as well as refusing the payment of surpluses. In the GDR under Honecker competition between these two fields of public spending and thus setting priorities was at first avoided by the GDR contracting foreign debts. Additionally, a small part of the increasing expenses for the realization of Honecker’s “economic and social policy” was compensated by reducing the increase in security expenses. The greater part of redistribution in favour of social policy happened by the misuse of investment resources. The existing possibility to stop debt-service payments was not used, just as anyway any solution at the expense of third parties was avoided.

Both totalitarianism and “modern” dictatorship research are also based on the comparison of the respective political systems under analysis. Whereas in this context usually elements of power structure are in the focus of interest, in

contrast to this the different kinds of resistance behaviour are often not taken into consideration from a comparative point of view. These statements are the theoretical starting point of the contribution by *Rainer Eckert*. The Leipzig historian, Director of the *Zeitgeschichtliches Forum* (Forum of Contemporary History) Leipzig, finds potentials for insights particularly in the comparison of resistance and opposition during National Socialism and under the German Communist dictatorship. This, he states, is true both for the analysis of resistance, opposition, refusal and for the description of the development phases of resistance behaviour. According to Eckert's statements, it becomes obvious that any kind of resistance must question totalitarian rule.

The Dresden historian *Thomas Widera*, a member of staff of the *Hannah-Arendt-Institut*, analyses the way in which the three German states dealt with conscientious objectors: the NS regime, the GDR, and the Federal Republic of Germany. This contribution sheds light on reactions by state institutions to ethical-religious orientations and individual values. For those people refusing the generally binding orientations, values, and identifications the norms enforced by the state institutions of the respective societies had clearly different consequences. The effects of state acting on those concerned allow conclusions on the structures of political power. Furthermore, it becomes obvious how and if these institutions fulfilled the functions attributed to them. Finally, an analysis of the realization of constitutional rights allows for statements on constitutional reality.

Lothar Fritze